

Anlage 2 - Antrag -

Der Beirat Obervieland hat in seinem Beschluss vom 14. Juli 2015 den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufgefordert, das Quartier Arsten-Nord als Soziale-Stadt-Gebiet auszuweisen. Aus dem Antwortschreiben vom 29. Juli 2015 geht hervor, dass keine Bereitschaft besteht, Arsten-Nord als „Soziale-Stadt-Gebiet“ auszuweisen. Die dafür angeführten Argumente hält der Beirat für nicht plausibel und fordert:

1. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr möge die Bewohner/innenstruktur und die Sozialindikatoren für die Martin-Buber-Straße, Gandhistraße, Van-Beek-Straße und Hammerskjöldstraße ermitteln und dem Beirat Auskunft über die Ergebnisse erteilen.
2. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr möge unter Einbindung des Beirates, des Quartiersmanagements Kattenturm und Arsten-Nord sowie ansässiger Träger ein Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) für das Gebiet zu erstellen, um das Gebiet als „Soziale-Stadt-Gebiet“ ausweisen zu können.
3. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr möge sich dafür einsetzen, dass das Soziale-Stadt-Budget für Kattenturm auch für städtebauliche Maßnahmen in Arsten-Nord verwendet werden kann.

Zudem würden die Sozialausschussmitglieder es sehr begrüßen, wenn ein/e Vertreter/in der senatorischen Behörde zeitnah in einer Sozialausschusssitzung zu einem Gespräch bezüglich dieser Thematik erschiene.

Begründung:

Unter Punkt 1. des Antwortschreibens vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgeführt, dass die Förderungsvorgabe des Bundes ein IEK voraussetzt. Aufgrund dessen fordert der Beirat, ein solches zu entwickeln. Zudem wird im Antwortschreiben geschildert, dass lediglich wenige Projekte im Quartier Arsten-Nord in den letzten Jahren umgesetzt wurden. Dies ist allerdings die reine Konsequenz aus Mangel an Räumlichkeiten vor Ort. Lange Zeit hat man versucht, im Nachbarortsteil Kattenturm, Angebote für Arsten-Norder zu schaffen, doch ohne eine Anlaufstelle vor Ort, welche Bewohner/innen mit Informationen versorgt und zielgerichtet zu Einrichtungen schickt/ begleitet, war die Hürde für viele Menschen in Arsten-Nord oftmals zu hoch und sie sind nicht in den Einrichtungen angelangt. Das jedoch Angebote vor Ort in Arsten-Nord sehr gut angenommen werden, zeigt das ehemals WiN geförderte Projekt AKTIV Treff, welches im Sommer 2015 in die Verstetigung geführt werden konnte, weil die Bremische Bau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (BREBAU) bereit war, eigenfinanziert Räumlichkeiten zu schaffen, um eine Angebotserweiterung voran zu treiben. Dadurch konnten Träger gefunden werden, welche Projekte und Angebote erfolgreich vor Ort umsetzen. Es bedarf jedoch weiterer städtebaulicher Maßnahmen, um eine Aufwertung des Quartiers sowie einer Ausweitung der zielgerichteten Projekte/ Angebote voranzutreiben. Genau diese Förderung entspricht der Intention des Förderprogrammes Soziale Stadt.

Unter Punkt 2. des Antwortschreibens vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgeführt, dass die Soziale-Stadt Mittel „voraussichtlich (bis) 2020 überwiegend

gebunden“ sind und aufgrund dessen Arsten-Nord nicht als „Soziale-Stadt-Gebiet“ ausgewiesen werden kann. Allerdings wurde dieses Gebiet bei der letzten Prüfung nicht berücksichtigt. Die Notwendigkeit städtebaulicher Förderung, um bedarfslagenabdeckende Angebote zur sozialen Stabilisierung und zur Wohnumfeldaufwertung durchzuführen, wurden somit nicht in Betracht gezogen. Aus Sicht des Beirates ist es nicht hinnehmbar bis 2020 die Augen vor diesen Bedarfen zu schließen und damit eine Verschlechterung der Verhältnisse im Quartier billigend in Kauf zu nehmen.

Außerdem beantragt der Beirat kein eigenes Soziale-Stadt-Budget für Arsten-Nord sondern lediglich, dass das Budget, welches Kattenturm als Soziales-Stadt-Budget zur Verfügung steht, unter Einbindung des Quartiersforums und der Prüfung des Bauressorts, auch für städtebauliche Maßnahmen in Arsten-Nord zur Verfügung gestellt wird.

Unter Punkt 3. des Antwortschreibens vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgeführt, das Gebiet sei zu klein und bestehe lediglich aus „zwei auffälligen Baublöcke in der Martin-Buber-Straße und Teile von drei Baublöcken einer Einzeleigentümerin“. Der Beirat Obervieland fordert allerdings das Gebiet größer zu fassen, denn ganze Straßenzüge der Van-Beek-Straße, GandhisträÙe, Martin-Buber-Straße und Hammarskjöldstraße sind überwiegend bewohnt von Menschen mit geringem Einkommen und sozialen Problemlagen. Zudem leben dort viele Kinder aber auch alleinstehende Senioren. Der Migrant/innenanteil ist sehr hoch und derzeit ziehen immer mehr Flüchtlingsfamilien in dortige Wohnungen. Wenn der Bremer Senat, wie im Antwortschreiben geschildert, die Zielsetzung verfolgt, die 10 ärmsten Gebiete Bremens den 10 reichsten Gebieten Bremens bis 2020 anzunähern, dann ist dieses Gebiet sicherlich dabei von großer Relevanz, auch wenn es nicht das größte der ärmsten ist.